



Post aus Berlin Dezember 2020

>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Liebe Freunde,

die letzte Sitzungswoche dieses Jahres wird flankiert vom bundesweiten Lockdown. Zum zweiten Mal in diesem Jahr..., damit wir überdeutlich: Die Bewältigung der Folgen der Covid19-Pandemie bleibt die größte Herausforderung, die wir seit der Wiedervereinigung Deutschlands erlebt haben.

Als ich 2009 zum ersten Mal als Ihr Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, befand sich unser Land mitten in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Keine Frage, auch diese Zeit war herausfordernd, aber aus meiner Sicht ist ein Vergleich der aktuellen Situation mit der Finanzkrise vor 11 Jahren kaum zu führen.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen traf uns die Corona-Pandemie viel direkter und vor allem auf viel breiterer Front.: Bereits der 1. Lockdown im März bescherte uns einen steilen Absturz und anders als in der Finanzkrise waren Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungsbereiche massiv betroffen. Für den Arbeitsmarkt zeichnete sich schon frühzeitig ab, dass im Vergleich zur Finanzkrise deutlich mehr Arbeitsplätze auf dem Spiel standen, insbesondere im niedrig bezahlten Bereich, bei den Minijobs und auch bei den Selbständigen. Und spätestens seit dieser Woche wird deutlich, dass mit dem 2. Lockdown der ersehnte

Aufwärtstrend für den Herbst und Winter sich so schnell nicht einstellen wird und die Hilfspakete von Bund und Ländern fortdauernd geschnürt werden müssen.

Und dessen nicht genug, die persönlichen Einschränkungen in unserem Alltag, die uns allen abverlangt werden, verbunden mit der Sorge, um die eigene Gesundheit, die der Familienmitglieder und Freunde sind:

Tiefgreifender, anhaltender und belastender als es die Finanzkrise je sein konnte.



Bildquelle: Büro Brackmann Berlin



Aus dem Parlament

Nun, dass Jahr 2020 wird bereits in wenigen Tage Geschichte sein, umso wichtiger gilt es, nach vorn zu blicken und auch im politischen Berlin „die Segel neu auszurichten“.

Genau das haben wir in den beiden letzten Sitzungswochen des Jahres getan: Die wochenlangen Haushaltsberatungen sind beendet, der **Haushalt 2021** wurde in der letzten Woche beschlossen. Ein Stück weit parlamentarische Normalität? Wohl eher ein parlamentarischer Kraftakt:

Als wir den Entwurf der Bundesregierung in erster Lesung im Oktober im Bundestag beraten haben, sah dieser noch Ausgaben von 413,4 Mrd. Euro und eine Nettokreditaufnahme von 96,2 Mrd. Euro vor. Die pandemische Entwicklung der letzten Wochen erforderte jedoch ein Nachsteuern im parlamentarischen Verfahren: Die Ausgaben stiegen auf 498,6 Mrd. Euro an und die Nettokreditaufnahme erhöhte sich auf 179,8 Mrd. Euro, um die bereits zitierten Hilfspakete, Wirtschaftshilfen für Unternehmen, Freiberufler, Selbstständige, Kulturschaffende und die Mehrausgaben im Gesundheitswesen zu finanzieren.

Dass es darüber hinaus gelingt, **Zukunftsinvestitionen** im Bereich Digitalisierung, Klimaschutz, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur zu tätigen, ist wichtig und richtig und zeigt wie leistungsfähig unser Land in der Krise ist.

Seit Beginn der Pandemie hat der Bund – allein - Wirtschaftshilfen wie folgt getragen:

- ✓ **Soforthilfe** bis Ende Mai: 1,8 Mio. Anträge im Volumen von 13,8 Mrd. €
- ✓ **Wirtschaftsstabilisierungsfonds**: 5 Anträge im Volumen von 6,5 Mrd. €
- ✓ **KfW**: Antragsvolumen rund 57,9 Mrd. €, bewilligtes Volumen: rund 44,6 Mrd. €
- ✓ **Bürgschaftsbanken**: 5.847 Anträge, davon 4.371 bewilligt
- ✓ **Überbrückungshilfe I**: Antragsvolumen 1,5 Mrd. €, bewilligtes Volumen: 1,4 Mrd. €
- ✓ **Überbrückungshilfe II**: Antragsvolumen: 437 Mio. €
- ✓ **Novemberhilfe**: geschätzt 15 Mrd. Euro
- ✓ **Dezemberhilfe**: geschätzt 17 Mrd. Euro



Bildquelle: Büro Brackmann Berlin



Der Eindruck, Deutschland könne sich den vom Bundesfinanzminister Olaf Scholz so bezeichneten „Wumms leisten“ täuscht jedoch. Mit Blick auf die seit 2009 grundgesetzlich verankerte **Schuldenbremse** (Art. 109 Abs. 3 und Art. 115 Abs. 2 GG), wird deutlich, dass unser Land verpflichtet ist, die außerordentlichen Neuverschuldungen des laufenden und kommenden Jahres zu tilgen und die Lage spitzt sich mit dem aktuellen Haushalt zu.

Die geplante Nettokreditaufnahme für 2020 (217,8 Mrd Euro insgesamt) soll ab 2023 in 20 Jahresschritten erfolgen; der Tilgungsplan für die außerplanmäßige Neuverschuldung des kommenden Jahres beginnt 2026 und sieht eine Rückführung in 17 Jahresschritten vor. Fakt ist - spätestens mit Einsetzen beider Tilgungspläne werden künftige Haushalte mit zweistelligen Milliardenbeträgen belastet sein. Gelder, die an anderen Stellen fehlen werden!

Umso wichtiger ist schon heute, dass verstanden wird, dass die Rückführung und damit die Konsolidierung des Bundeshaushaltes nur dann gelingen kann, wenn dies als **gesamtstaatliche Aufgabe** begriffen wird. M.a.W. auch die Länder und Kommunen stehen in der Pflicht.

Unbestritten tragen auch die Länder durch eigene Hilfsprogramme finanzielle Lasten, die ihre Haushalte belasten.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die Länder finanziell in einer deutlich komfortableren Position als der Bund befinden: Die **Steuereinnahmen** der Länder und Kommunen werden bereits zum Ende des nächsten Jahres wieder das Vorkrisenniveau von 2019 erreicht haben; der Bund hingegen wird dieses frühestens 2023

erreichen. Zudem verschiebt sich der Anteil des Gesamtsteueraufkommens zu Gunsten der Länder. Hier sind intensive Diskussionen zwischen dem Bund und den Ländervertretern zu erwarten.

Aus dem Wahlkreis

Ich möchte Sie noch auf eine tolle Idee meines Kreistagskollegen und Bewerbers um das CDU-Direktmandat für den Wahlkreis 34 (Lauenburg-Nord) **Michael Sauerland** aufmerksam machen. Er ruft über die sozialen Medien zum Mitmachen bei der **#gemeinsamvorortchallenge** dazu auf, einen Gutschein bei Ihrem lokalen Einzelhändler, Gastronomen oder Dienstleister zu kaufen. Ich habe mich gern daran beteiligt! Wer das Geschenk bekommt, bleibt natürlich geheim.... Ein kurzer Anruf oder eine E-Mail reicht – eine schöne Geschenkidee zu Weihnachten, die vor Ort wirkt.



Bildquelle: Büro Brackmann Berlin



2021 wird auch für mich ein besonderes Jahr werden. Mit dem Ende der Legislaturperiode werde ich aus dem Bundestag ausscheiden und **Dr. Thomas Peters** am Wahlabend des **26. September 2021** hoffentlich als neuer Direktkandidat für den Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd seinen Wahlsieg feiern können. Ein spannender Bundestagswahlkampf liegt vor uns, der sicherlich anders als die Jahre zuvor, aber nicht weniger leidenschaftlich sein wird.

Abschließend möchte ich den letzten Newsletter des Jahres nutzen, um Ihnen herzlich für Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit und Ihre Anregungen zu danken!

Trotz aller Widrigkeiten - **Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest!**

Für das neue Jahr 2021 wünsche ich Ihnen Gesundheit, Zuversicht und alles Gute!

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Ihr

Norbert Brackmann